

16. August 2023

An den Rat der Stadt Schloß Holte-Stukenbrock
Herrn Bürgermeister Erichlandwehr

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren des Rates!

Antrag zum TOP 1 „Weiterentwicklung der Gedenkstätte Stalag 326“ der Sitzung des Marketing-, Kultur- und Sportausschusses am 22.08.2023

Die FDP-Fraktion beantragt,

der MKSA möge als Ergänzung zur vorliegenden Beschlussvorlage der Verwaltung zu o.g. Tagesordnungspunkt Folgendes beschließen:

2a)

Beitragserhöhungen, die durch zusätzliche, nicht aus dem vorliegenden Gedenkstättenkonzept resultierenden Aufgaben entstehen, bedürfen in jedem Einzelfall eines separaten Ratsbeschlusses.

2b)

Der Kreis Gütersloh wird aufgefordert, die Kosten seiner Beteiligung an den laufenden Kosten der Gedenkstätte im Wege einer differenzierten Kreisumlage unter Ausschluss der Stadt Schloß Holte-Stukenbrock umzulegen.

3a)

Die Stadt fordert den Bund zu einer Beteiligung an den laufenden Betriebskosten der Gedenkstätte auf. Dieser Bundesbeitrag soll dazu dienen, den Beitrag der kommunalen Familie an den laufenden Kosten zu reduzieren (entsprechend auch den unter 1. genannten Beitrag der Stadt Schloß Holte-Stukenbrock).

Begründung:

Die FDP-Fraktion unterstützt die Entwicklung der Gedenkstätte Stalag hin zu einer Gedenkstätte von nationaler bzw. internationaler Bedeutung. Das Erinnern an die Geschichte des Ortes und das Gedenken an die Menschen, die dort gelitten haben und gestorben sind, ist unser aller Auftrag für die Zukunft.

Wir halten eine angemessene Beteiligung der Stadt Schloß Holte-Stukenbrock für richtig. Gleichzeitig muss aber auch die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt berücksichtigt werden. Mit den vorgeschlagenen 3 % Beteiligung an den laufenden Betriebskosten gehen wir an die Grenze dieser Leistungsfähigkeit.

Es ist davon auszugehen, dass auch der Kreis Gütersloh eine finanzielle Beteiligung beschließen wird. Um zu vermeiden, dass die Stadt SHS über die Kreisumlage in signifikanter Höhe mehrfach an den Kosten beteiligt wird, halten wir es für richtig, eine differenzierte Kreisumlage unter Ausschluss von SHS für den Kreisbeitrag zu fordern.

Gleichzeitig sehen wir auch den Bund in der Verantwortung hinsichtlich der laufenden Kosten und bekräftigen unsere Forderung in diese Richtung.

Wir bitten die übrigen Fraktionen um Zustimmung zu diesen wichtigen Forderungen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Thorsten Baumgart